



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Veränderung der Situation in den Vereinigten Staaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Kaiser erachtete diese Verfügungen für so wichtig, daß er ihre Aufrechthaltung seinem Nachfolger dringend anempfahl. H. G.

Die Veränderung der Situation in den Vereinigten Staaten.

Die letzten Wochen haben in Amerika Ereignisse gebracht, die, einzeln schon von großer Bedeutung, in ihrer Gesammtheit einen mächtigen Umschwung aller Verhältnisse bilden, noch Wichtigeres in Aussicht stellen und sanguinischen Gemüthern bereits als der Anfang vom Ende des Sklavenhalterausstandes erscheinen mögen.

Die Streitmacht des Nordens, bis vor Kurzem wenig thätig und wo sie thätig war, vorwiegend im Nachtheil, ist in allgemeiner concentrischer Bewegung und hat in rascher Aufeinanderfolge auf verschiedenen Punkten ihrer weitgedehnten Operationslinie Erfolge errungen, welche die in den ersten Monaten des Krieges erlittenen Schlappen mehr als wett machen. Die letzten Posten meldeten von Kämpfen fast auf allen Seiten des Kriegsschauplazes, und mit einer einzigen Ausnahme, dem Seetreffen auf der Hamptoner Rhede, bei welchem das secessionistische Panzerschiff „Merrimac“ zwei Bundesfregatten zerstörte und einer dritten beinahe dasselbe Schicksal bereitet hätte, waren diese Nachrichten durchweg günstig für die Sache der Union. Auf die Kunde vom Fall der Forts Henry und Donelson folgten Botschaften von weiteren Fortschritten der Nordarmee des Bundes in Tennessee, von der Besetzung Nashville's und der gänzlichen Verdrängung der Conföderirten aus jenem Staat. Im nördlichen Arkansas schlug General Curtis mit der Westarmee der Föderalisten die vereinigten Heerhaufen der Insurgentenführer Price, Macintosh und McCulloch in einer großen Schlacht so nachdrücklich, daß dieser Theil der südlichen Streitkräfte für geraume Zeit unschädlich gemacht sein wird. In Missouri hat man durch baldige Einnahme des im südöstlichen Winkel des Staats gelegenen New-Madrid den letzteren von den letzten Nesten der Aufständischen gesäubert. In Georgia hat die Bundesflotte sich des trefflichen Hafens Brunswick bemächtigt, in Florida hat sie das starkbefestigte Fernandina genommen. Von Port Royal aus bedroht ein Unionistencorps Charleston, vom Albemarle-Sund in Virginien operirt ein anderes unter General Burnside mit Glück über Newbern auf Norfolk und Suffolk. Endlich haben die Conföderirten sich genöthigt gesehen, sich auch vor der Ostarmee ihrer Gegner zurückzuziehen. Nicht nur die Schanzen, mit denen sie den untern Potomac beherrschten, sind geräumt, selbst die starke Stellung bei Manassas Junction ist aufgegeben, das Bundesheer ist in die verlassenen Positionen eingerückt, und da weder der Rappahannock noch der Yorkriver sich zur Vertheidigungslinie eignet, so ist nicht unmöglich, daß die Insurgenten erst am James Stand halten, wo dann Richmond, ihre Hauptstadt, in demselben Grade

bedroht sein würde, wie in den ersten Monaten des Kriegs Washington, die Hauptstadt der Gegenpartei.

Nicht minder wichtig als diese militärischen Fortschritte der Unionisten sind die politischen. Der Congress hat ein Gesetz angenommen, welches den Bundes- truppen die Auslieferung flüchtiger Sklaven untersagt. Ferner ist ein Bundes- steuergesetzentwurf eingebracht worden, der, wenn er gutgeheißen wird, den Credit der Union beträchtlich zu heben geeignet sein dürfte. Endlich — und das ist das bedeutendste Ereigniß seit dem Ausbruch der Revolution — hat Präsident Lincoln dem Congress eine Botschaft zugehen lassen, die auf den ersten Blick wie ein Vorschlag aussieht, den Krieg durch Aufkauf der Sklaven in den Staaten der Secession zu beendigen.

Indem wir uns eine ausführliche Betrachtung der veränderten militärischen Position der beiden kämpfenden Parteien für eine andere Gelegenheit vorbehalten, untersuchen wir für heute jenen Plan des Präsidenten etwas genauer, und zwar fragen wir zunächst, was die eigentliche Meinung des etwas dunkel gehaltenen Actenstücks ist, dann, welche Aufnahme das Project wahrscheinlich im Congress, sowie in den Legislaturen der Einzelstaaten finden wird, endlich welches Ergebniß die Maßregel vermuthlich haben würde, falls sie die Billigung der Gesetzgebung erlangte.

Die leitenden Gedanken der Botschaft sind folgende: Die Baumwollen- staaten verharren bei ihrer Rebellion auf Grund der Hoffnung, daß die so- genannten Grenzstaaten sich ihnen im Kampfe anschließen und nach Beendigung des Kriegs ihrer Conföderation beitreten werden. Wäre diese Hoffnung in einer Weise zu nichte zu machen, daß jeder Verständige sie sofort als eine eitle erkannte, so würden die Baumwollenstaaten entweder an der Möglichkeit fernern Wider- standes verzweifeln, oder, wenn sie tollkühn genug wären, den Krieg fortzusetzen, ohne viel Mühe geschlagen werden. Hören die Grenzstaaten auf, Sklavenstaaten zu sein, so verschwindet damit Alles, was die Gemeinschaft der Interessen und Gewohnheiten zwischen ihnen und den Süd- oder Golfstaaten ausmacht, und sie werden auf natürlichem Wege für immer ein Theil des nördlichen Bundes. Sichern wir uns daher ihre Loyalität, gewinnen wir sie für das Zusammen- gehen mit uns, indem wir ihnen den Vorschlag machen, die Aufhebung der Sklaverei zu verkünden und eine pecuniäre Entschädigung dafür anzunehmen. Mit andern Worten: möge der Congress sich erbieten, die Freiheit der Neger von Kentucky, Missouri, Tennessee, Virginien und Maryland zu erkaufen, und diese Staaten werden, dann zu freiem Boden geworden, ipso facto sich bundes- treu verhalten und im Sinn des Nordens handeln. Die Kosten werden die laufenden Ausgaben für den Krieg nicht übersteigen, und die Annahme des Plans wird dem Kriege ein Ziel setzen. Wir machen den Vorschlag einer all- mäligen und erkauften Emancipation allen Staaten, aber natürlich erwarten

wir nur von den Grenzstaaten, daß sie darauf eingehen. Wenn sie nur Ja sagen, so ist unser Zweck erreicht, das Spiel gewonnen.

Dies die Grundgedanken der Lincolnschen Botschaft. Der Ton derselben ist der eines Mannes, der allen Ernstes das Mittel gefunden zu haben glaubt, einen beklagenswerthen Streit zum Austrag zu bringen, und der seine Landsleute nun feierlich auffordert, seine Darlegung redlichen Sinnes zu prüfen.

Fragen wir, wie dieser Aufforderung vermuthlich entsprochen werden wird, so müssen wir uns zuvörderst erinnern, daß ein derartiger Vorschlag eines amerikanischen Präsidenten an den Congreß keine Bill, wie sie ein englisches Cabinet dem Unterhaus, und kein Gesetzentwurf, wie ihn etwa ein preußisches Ministerium dem Landtag vorlegt, sondern einfach eine Meinungsäußerung, ein Rathschlag oder eine Anregung ist, auf welche der Congreß nach Belieben hören oder nicht hören kann, und welche er wahrscheinlich zunächst einem Comité überweisen und später ganz in derselben Weise und mit demselben Grad von Beachtung discutiren wird, als wenn sie von dem Mitglied für Ohio oder Connecticut oder irgend einem andern Abgeordneten ausgegangen wäre. Sehr wahrscheinlich wird es geraume Zeit dauern, bevor die Maßregel auch nur ernstlich vom Congreß in Betracht gezogen werden wird. (Das Repräsentantenhaus hat sich bereits günstig darüber geäußert. D. R.) Sie scheint das amerikanische Publicum mehr in Erstaunen versetzt als erfreut zu haben. Die Presse ist verschiedener Meinung über den Werth derselben. Die Abolitionisten werden sich stark dagegen auflehnen, da sie schon die bloße Idee einer Entschädigung der Sklavenhalter als sündhafte Verschwendung bezeichnen, und nicht weniger unwillkommen wird sie dem großen Haufen der gedankenlosen Schwärmer sein, welche die Grenzstaaten schon fest und für immer zu haben glauben und den Vorschlag, mit Geld zu kaufen, was man mit den Waffen gewonnen, für eine Abgeschmacktheit erklären. Nehmen wir an, daß der Widerstand dieser Parteien sich überwinden läßt, so erhebt sich dahinter die andere weit wichtigere Frage: Wie ist der Kauf zu bewerkstelligen? wieviel Geld ist zu der Entschädigung erforderlich und wie ist es zu beschaffen? Die Zahl der Sklaven in den Grenzstaaten ist nach dem letzten Censüs (von 1860) folgende.

Kentucky	226,000
Missouri	115,000
Tennessee	288,000
Virginien	496,000
Maryland	85,000

Etwas mehr als zwölfmalhunderttausend Sklaven also wären zu kaufen und freizugeben. Der Durchschnittswerth eines Negers, Mann, Frau oder Kind, wird von den Sklavenhaltern gewöhnlich auf 400 Dollars angegeben, und man kann sicher sein, daß, wenn das Land der Käufer wäre, die Eigenthümer den Preis

nicht gerade herabsetzen würden. Der Gesamtwertb jener Schwarzen würde daher gewiß nicht unter fünfhundert Millionen Dollars oder siebenhundert Millionen preussische Thaler betragen. Nun verschlingt ein einziges Jahr des Krieges, wie er bis jetzt geführt wurde, ohne Zweifel eine gleich große Summe, aber wie man schwerlich das Geld für noch zwölf Monate Krieg herbeischaffen würde, so würde man auch schwerlich die Summe aufbringen, welche die sofortige Emancipation der Sklaven in den Grenzstaaten erforderte. Man wird uns einwerfen, daß der Präsident an eine sofortige allgemeine Emancipation in diesen Staaten nicht denkt, daß er nur etwa die Freilassung aller Kinder, die ein gewisses Alter noch nicht erreicht haben oder nach einem gewissen Tage geboren werden und eine feste Summe für jeden erwachsenen Neger vorschlagen würde, welchen sein Herr freizugeben geneigt wäre. Dies würde allerdings die erforderliche Summe beträchtlich ermäßigen, indeß würde der Betrag noch immer von den Vereinigten Staaten in ihrer jetzigen Lage nur mit Schwierigkeiten aufgebracht werden können, und kaum zu erwarten wäre, daß die nordwestlichen und die Neuengland-Staaten bereit sein würden, sich zu dem Zwecke die schweren Steuern auflegen zu lassen, die man jetzt für den Krieg erhebt und die dann wenigstens zum großen Theil forterhoben werden müßten.

Gesetzt aber den Fall, daß der Congress sich überreden läßt, den Präsidenten zu bevollmächtigen, daß er mit den verschiedenen Grenzstaaten wegen der Freilassung ihrer Sklaven in Unterhandlung tritt, so ist es doch sehr zweifelhaft, ob diese Unterhandlung den erwarteten Erfolg haben wird, und zwar aus nahe- liegenden Gründen. Der Vorschlag der Centralregierung würde den Legislaturen jener Staaten zur Erörterung und Beschlußfassung vorzulegen sein. Wer aber sind jetzt diese Legislaturen? Secessionistisch oder unionistisch gesinnt? Von den meisten schwer zu sagen. In einigen Staaten giebt es Gegenlegislaturen, wie einst Gegenpäpste und Gegenkaiser. In andern sind die Wahlen, aus denen die Vertreter hervorgingen, unter dem Zwang der Gewalt zu Stande gekommen. Sind diese Vertreter Secessionisten, so werden sie natürlich einen Vorschlag zurückweisen, dessen Tendenz eingeständnermaßen dahin geht, die betreffenden Staaten der „guten Sache“ abwendig zu machen. Sind sie Unionisten, so werden sie vermuthlich auf die Maßregel eingehen, aber die illoyale Partei des Staates wird ihren Beschluß für ungültig erklären.

Wir geben zu, daß auch diese Schwierigkeiten sich überwinden lassen. Dann aber zeigen sich sofort andere Bedenken. Zunächst fragt sich, ob nicht in der feinenfalls kurzen Zeit, bevor der Vorschlag des Präsidenten zum Beschluß des Congresses erhoben, und in der jedenfalls längeren Zeit, bevor die Verträge mit den Legislaturen der einzelnen Grenzstaaten ratificirt werden können, der ganze Kampf schon durch die Erschöpfung der pecuniären Mittel des Nordens beendigt sein wird. Es wird nicht Viele geben, welche glauben, daß man einen

Angriffs-Krieg noch drei Monate führen kann, einen Krieg, der täglich fast zwei Millionen Dollars verschlingt, der mit jedem weitem Schritt in Feindesland hinein seine Kosten steigert, und dessen Ausgaben mit Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und mit Papiergeld, welches bereits im Werth zu sinken beginnt, bestritten werden müssen — und es wird unzweifelhaft mehr als drei Monate bedürfen, ehe der Plan des Präsidenten praktische Bedeutung erhält.

Gesetzt aber den Fall, derselbe kommt zu praktischer Durchführung, so ist immerhin noch nicht gewiß, ob die Bevölkerung der betreffenden Staaten ihn willkommen heißen oder zurückweisen wird. Einerseits ist allerdings keine Frage, daß, ob nun die Grenzstaaten sich dem Norden oder dem Süden anschließen mögen, ihre Sklaven jedenfalls ein sehr unsicheres Stück ihres Besitzes sein werden. Gehen sie mit dem Norden, so wird sich bald herausstellen, daß die Sklaverei als gesetzlich geschützte Einrichtung bei ihnen dem Untergang verfallen ist. Sie werden dieselbe und sich selbst, wofern sie sie aufrecht erhalten, durchaus nicht im Einklang mit den Empfindungen und Meinungen finden, die in der neuen vorwiegend aus freien Staaten zusammengesetzten Gesamtrepublik herrschen. Die Sklavenbesitzer werden von den Abolitionisten unaufhörlich geplagt und gehudelt, von den Freesoilern gedrängt und von der freien Arbeit vielfach überflügelt werden und endlich die Entdeckung machen, daß sie eine vollkommen unhaltbar gewordene Position einnehmen. Schließen dagegen die Grenzstaaten sich dem Süden an, so würde die Nachbarschaft der freien Nordstaaten, in welchen kein „Gesetz über flüchtige Sklaven“ mehr geduldet werden würde, ihren Negern doppelt bequeme Gelegenheit zum Entlaufen geben. Selbst wenn sich die sehr entfernte und durch die neuesten Ereignisse nur wenig wahrscheinlicher gewordene Möglichkeit einer Wiederherstellung der Union verwirklichen sollte, würden die stillen Eroberungen freier Arbeit auf den Gebieten der Grenzstaaten unbestreitbar fortdauern. Auf jeden Fall und unter allen Umständen werden Sklaven in diesen Staaten von jetzt an ein Besitz von zweifelhaftem und fortwährend sinkendem Werth sein, ein Besitz also, in Betreff dessen es klüger ist, ihn zu verkaufen als es auf seinen Verlust ankommen zu lassen. Alles dies sollte die Bevölkerung dieser Gegenden geneigt machen, Einleitungen zur Emancipation der Sklaven zu treffen und die angebotne Entschädigung anzunehmen. Auf der andern Seite aber ist ein beträchtlicher Theil der Bewohner der Grenzstaaten mit der Sklaverei förmlich verwachsen. Sie glauben nicht an freie Arbeit, hassen sie und verachten sie. Sie haben keine Vorstellung davon, daß freigelassene Neger um Lohn arbeiten werden, und empfinden kein Verlangen, hohe Preise für die Dienstleistungen weißer Arbeiter zu zahlen. Die Virginier werden nicht Lust haben, auf die großen Vortheile zu verzichten, die ihnen aus der Züchtung von Sklaven für die Märkte der Baumwollenstaaten zukommen. In keinem der Grenzstaaten wird das Volk ferner mit besonderer Seelenruhe und Befriedigung auf die zwölftmalhunderttausend Menschen anderer Race in ihrer unmittelbaren Nähe blicken, die, sehr wahrscheinlich arbeitscheu, möglicherweise zu Unehrligkeiten und Unordnungen hinneigend, einst ihre Hausthiere, jetzt ihre Mitbürger sind. Endlich aber, wenn sie den Vorschlag der Ablösung annehmen, diese Bewohner der Grenzstaaten, wo ist die Sicherheit, daß sie ihr Geld wirklich und voll erhalten? Die Ablösungssumme kann nicht baar erlegt werden, oder doch nur in Papier, in Schatznoten, das heißt in Zahlungsverprechen einer Regierung, deren Form wandelbar ist, deren Grenzen nicht festgestellt, deren Vollmachten nicht genau umschrieben sind, und deren Ruf im Punkt des Worthaltens kaum ganz fleckenrein genannt werden darf. Schwierlich würde man sich vollständig sicher fühlen können, daß nicht eine hauptsächlich von den Nordstaaten gewählte Gesetzgebung, unter schwerer Finanznoth leidend,

eines schönen Tages ein unbequemes Abkommen ohne Weiteres für null und nichtig erklärte oder doch erheblich modificirte, und könnten die Sklavenbesitzer in den Grenzstaaten im Hinblick hierauf nicht meinen, daß die angebotne Ablösung nicht weniger unsicher als das Eigenthum an Sklaven sei?

Wir kommen zum Schluß, indem wir fragen: Gesezt den Fall, daß Präsident Lincoln's Vorschlag vom Congreß adoptirt und trotz seiner oben besprochenen Bedenken von den Grenzstaaten gutgeheißen und angenommen wird, muß derselbe dann nothwendig den von seinem Urheber erwarteten Erfolg haben, das heißt, werden dadurch die SeceSSIONisten sofort genöthigt sein, sich zu unterwerfen?

Unsere Antwort lautet: Keineswegs. Es ist kein Grund vorhanden zu solcher Vermuthung.

Wir haben stets die Ansicht gehegt, daß über kurz oder lang wenigstens vier von den Grenzstaaten entweder zum Theil oder in ihrer Ganzheit sich dem Norden anschließen müßten. Die Scheidelinie zwischen den beiden Hälften der Union würde, wenn es nicht so wäre, eine sehr wenig den Verhältnissen angemessene sein. Natürlich aber hat man es auf Seiten der Conföderirten für eine Sache von höchster Wichtigkeit angesehen, sich wo möglich dieser Staaten zu versichern, da deren moralische und materielle Kraft unschätzbar erschien. Daher die außerordentlichen Anstrengungen der SeceSSIONisten, sich in deren Besitz zu behaupten und sie bei der Bundesgenossenschaft festzuhalten. Kein Zweifel, daß ihr jezt nahegerückter, zum Theil schon erfolgter Rückfall an die Union ein schwerer Schlag für die ehrgeizigen Hoffnungen der Führer des Südens ist. Aber man muß sich erinnern, daß der Austritt dieser Staaten aus dem Bunde, der in Washington sein Centrum hat, von Anfang an als eine sehr zweifelhafte Angelegenheit galt, daß die Partei der Loyalen in einigen fast so zahlreich als die gegnerische, in andern sogar stärker als diese und nur weniger laut und energisch war, und daß die Abstimmung über Verbleiben in der Union oder Ausscheiden in mehreren nur mit knapper Noth und vieler Kunst in einem für die Trennungslustigen günstigen Sinn entschieden wurde, während die Baumwollenstaaten, wie früher bemerkt wurde, sich mit ungeheurer Majorität für die SeceSSION aussprachen. Ja in Missouri und Kentucky hat eine förmliche und regelrechte Abstimmung für dieselbe unseres Wissens nicht einmal stattgefunden. Keiner dieser Staaten ist nothwendig, d. h. in gewissem Grad durch seine Natur gezwungen, ein sklavenhaltender geworden. Nur Tennessee baut eine nicht ganz unbeträchtliche Masse von Baumwolle. Virginien hat im Westen auf weite Strecken hin fast ganz aufgehört, Wirthschaft mit Sklaven zu betreiben. Wir fürchten deshalb, daß der Rückfall dieser beiden Staaten und ebenso der von Missouri, wo die Verhältnisse ähnlich sind, nur mäßigen Einfluß nach der Richtung hin haben wird, woher die Beendigung des Krieges kommen kann. Die Grenzstaaten wieder erobern heißt die Rebellion concentriren, nicht sie erdrücken. Die Staaten, welche die Bewegung begannen, und welche bei derselben den größten Eifer zeigen, die Staaten, die durch Interesse und Sitte vollkommen geeinigt sind, die beiden Carolinas, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Arcansas, Louisiana und Texas zeigen ihren Gegnern noch immer eine ungebrochne oder doch nur leicht verlegte Fronte. Ihr Bund ist durch die lezten Ereignisse an Dimension bedeutend kleiner geworden, er hat starke und kriegerische Bundesgenossen eingebüßt, er verlor einige wichtige militärische Positionen. Aber auf der andern Seite hat sich ihre Lage gebessert, insofern sie eine weit weniger ausgedehnte Grenze zu vertheidigen und ihre Gegner ein weit weniger zugängliches Land anzugreifen haben.

Nach dem Gesagten wird Präsident Lincoln's Vorschlag wahrscheinlich kein

unmittelbares praktisches Ergebnis haben. Als erster Vorschlag dieser Art aber, der von einer Behörde ausgeht, als Ausdruck der Gedanken des höchsten Beamten der Vereinigten Staaten, ist er ein Ereignis, ein Zeichen der Zeit von großer Wichtigkeit und, wie wir hoffen wollen, ein glückliches Omen.

Berliner Brief.

31. März.

Unser neuer Minister des Innern hat sich beeilt, dafür zu sorgen, daß diejenigen Recht behalten, welche von Anfang an unser jetziges Ministerium für wenig besser als eine neue Auflage des Manteuffelschen Systems gehalten haben. Der Wahlerlaß vom 22. d. M. ist nichts als eine Uebersetzung der Kreuzzeitung in die amtliche Sprache. Nur in der Form ist der Minister des Innern etwas vorsichtiger, als seine Preßorgane, von denen die Kreuzzeitung ihm mit der Fackel vorleuchtet und die Sternzeitung ihm die Schleppe trägt. „Es liegt der königlichen Staatsregierung fern, die gesetzliche Wahlfreiheit irgendwie beschränken zu wollen.“ So fingen regelmäßig auch die Wahlerlasse des Ministers von Westphalen an, und ein solcher Eingang erweckt deshalb geringes Vertrauen. Der Minister erklärt ferner, er wolle „durch seine Organe nur darauf hinwirken, daß den Wählern die leitenden Grundsätze und die Absichten der Regierung überall zum klaren Verständnis gebracht werden, und daß namentlich allen Mißdeutungen und Entstellungen entgegengetreten werde, welche das unbefangene Urtheil irre zu leiten geeignet sind.“ Ohne Zweifel ist dies eine Absicht, welche ganz der verfassungsmäßigen Pflicht des Ministeriums entspricht. Man sollte erwarten, daß der Minister sogleich in diesem Erlaß seinen Organen die nöthige Anleitung zur Durchführung dieser Absicht werde gegeben haben.

Aber lesen wir weiter, so finden wir von der verheißenen Aufklärung über die Grundsätze und Absichten der Regierung so gut wie gar nichts. Der Conflict, welcher zur Auflösung des Abgeordnetenhauses und zur Veränderung des Ministeriums geführt hat, wird nicht mit einer Silbe erwähnt. Wir erfahren also auch nicht, wie sich das jetzige Ministerium zu dieser Streitfrage stellen will. Nur im Allgemeinen hören wir, daß die Regierung „auf dem Boden der Verfassung steht, daß sie den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung widerfahren läßt, und bei der weiteren Ausführung der Verfassung in Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen auszugehen entschlossen ist.“ Diese Zusicherung würde trotz ihrer unbestimmten Allgemeinheit einen guten Eindruck machen, wenn nicht aus dem weiteren Verlauf des Wahlerlasses sich zu ergeben schiene, daß bei den „Rechten der Landesvertretung“ allein oder doch vorzugsweise an denjenigen Theil der Landesvertretung gedacht ist, welcher sich in der Majorität des Herrenhauses darstellt. Wenn ferner die Regierung „die Rechte der Krone mit Entschiedenheit wahren“ will, so kann sie dabei der lebhaftesten Zustimmung des ganzen Landes sicher sein; denn über wenige Dinge herrscht in ganz Preußen eine so vollständige Uebereinstimmung, als darüber, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Krone im Interesse des Landes selbst heilig und unverlegbar erhalten werden müssen.

Der positive Inhalt des Wahlerlasses besteht also aus einigen wenig bedeutenden Allgemeinheiten. Bedeutend wird die Ansprache erst, wo der Minister